



Finanzpolitik, Regulierung

Schweizer Alleingang bei den UBS-Kapitalanforderungen ***trifft die gesamte Volkswirtschaft***

23.11.2026

Auf einen Blick

- Die WAK-N will, dass die UBS ihre ausländischen Beteiligungen künftig zu 90 Prozent hartem Kernkapital unterlegt. Das ist ein internationaler Alleingang.
- Höhere Finanzierungskosten treffen Exportwirtschaft, KMU sowie Kundinnen und Kunden.
- Der Nationalrat ist nun dringend gefordert, eine volkswirtschaftlich tragfähige Lösung zu finden.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats hat heute entschieden, dass die UBS Beteiligungen an ausländischen Tochtergesellschaften künftig zu 90 Prozent mit hartem Kernkapital (CET1) unterlegen soll. Sie folgt damit dem Ständerat. Was als «Lex UBS» diskutiert wird, betrifft die ganze Volkswirtschaft.

Höhere Kapitalanforderungen: Die Rechnung zahlt die Realwirtschaft

Besonders betroffen sind exportorientierte Unternehmen, vom Grosskonzern bis zum KMU. Bei Handelsfinanzierungen, Absicherungen und dem Zugang zu internationalen Kapitalmärkten können inländisch ausgerichtete Banken die UBS nicht ohne Weiteres ersetzen. Dies führt zu höheren Kosten, weniger Wettbewerb und Abwanderung von Geschäftsfeldern. Betroffen ist ein Sektor, der direkt 8,8 Prozent der Bruttowertschöpfung und 9,2 Prozent der direkten Steuern erbringt.

Kapitalanforderungen im internationalen Vergleich ein Alleingang

Die Schweiz gehört bereits heute zu den Finanzplätzen mit den strengsten Kapitalvorschriften. Eine Unterlegung ausländischer Beteiligungen in dieser Höhe kennt keine andere bedeutende Jurisdiktion, während die EU, die USA und das Vereinigte Königreich ihre Regulierung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüfen. Zudem lag die Credit Suisse stets über den Kapitalanforderungen, ihr Niedergang war vor allem eine Folge von Mängeln in Führung und Aufsicht. Weitere Abweichungen von internationalen Standards sind deshalb nur gerechtfertigt, wo ihr zusätzlicher Stabilitätsbeitrag nachvollziehbar ausgewiesen ist.

Gesamtschau statt Stückwerk

economiesuisse fordert ein Sicherheitsdispositiv, das in der Krise auch greift. Dafür braucht es eine Gesamtschau: Eigenmittel, PLB, Liquidität, Aufsicht und Abwicklung bilden eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur. Der Bundesrat legt die Massnahmen in getrennten Vorlagen nacheinander vor. Das erschwert die Beurteilung ihrer Wechselwirkungen und kumulierten Belastungen. Der heutige bedauerliche Entscheid ist eine Folge dieses Vorgehens. Der Nationalrat ist nun dringend gefordert, eine volkswirtschaftlich tragfähige Lösung zu finden.



Rudolf Minsch
Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



Erich Herzog
Bereichsleiter Wettbewerb & Regulatorisches, General Counsel, Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch